

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 31 (1951-1952)
Heft: 1

Artikel: Kommunismus und Neofaschismus in Italien
Autor: Bergen, Willwerner v.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-159962>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

KOMMUNISMUS UND NEOFASCHISMUS IN ITALIEN

VON WILLWERNER v. BERGEN

Die kommunistische Partei Italiens konnte am 21. Januar auf ihr 30jähriges Bestehen zurückblicken. Es war im Jahre 1921, als der Turiner Intellektuelle Antonio Gramsci und der derzeitige Führer der Partei, Palmiro Togliatti, mit nur wenigen Anhängern nach dem Kongreß in Livorno aus der Sozialistischen Partei (PSI) austraten und den «Partito Comunista Italiano» (PCI) gründeten. Den beiden Revolutionären schien die Haltung der Mehrheit der Sozialisten zu statisch, zu wenig durchgreifend und zu zögernd, als daß diese — ihrer Meinung nach — auf die Dauer die Interessen der Arbeitermassen hätten wahrnehmen können. In den nächsten Wahlen errangen die Kommunisten im Parlament nur 13 Sitze gegenüber 128 der Sozialisten. Durch die Machtergreifung des Faschismus schrumpfte die kleine Partei zu einer marxistischen Sekte zusammen, die ihre unterirdische Tätigkeit unter Lebensgefahr der Mitglieder, besonders in Mailand und Umgebung fortsetzte. Gramsci starb im Gefängnis, und Togliatti wartete nach eingehender Schulung in Moskau auf sein «come back» in Italien. Er mußte sich 22 Jahre gedulden, bis ihm dieses möglich wurde. Zur Verwunderung der bürgerlichen und gemäßigten Parteien begaben sich Togliatti und seine inzwischen immer zahlreicher gewordenen Anhänger nicht in die Opposition. Die kampfgeprobten Partisanen Ober- und Mittelitaliens und die krypto-kommunistischen Mitläufer, die damals einen nicht zu unterschätzenden Machtfaktor darstellten, hatten jahrelang mit Widerstandskämpfern aller Schichten, Klassen und politischen Richtungen gekämpft, und wollten mit diesen gemeinsam ein neues Italien aufbauen. Togliatti sah ein, daß er bei einer aktiven Mitarbeit in der Regierung viel größere Vorteile hatte als bei einem Abseitsstehen. Die Kommunisten und Nenni-Sozialisten, die immer mehr in das kommunistische Fahrwasser gerieten, erhielten Schlüsselstellungen, die sie geschickt auszunutzen und zu mißbrauchen verstanden. Die Mitgliederzahl des PCI stieg innerhalb von zwei Jahren auf 2,4 Millionen eingeschriebene Genossen, und ist auch heute noch die stärkste kommunistische Partei außerhalb der Sowjetunion und Chinas.

Auf die Dauer war jedoch eine rot-schwarze Regierungskoalition nicht mehr tragbar. Mit der zunehmenden Stabilisierung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse mußte auch innerhalb der Regierung eine Klärung erfolgen, da eine Befriedung des Landes von den Kommunisten nicht geduldet werden konnte. Die Ausbootung

Nennis und Togliattis zeitigte auch sehr bald ihre Folgen. Die kommunistische Partei — wieder einmal zu einer obstruktiven Opposition verdammt — versuchte alles, um den raschen Wiederaufbau zu hemmen. Giuseppe Di Vittorio, Generalsekretär der CGIL, d. h. des kommunistisch gelenkten Gewerkschaftsbundes — nach Togliatti der fähigste Kopf der Partei —, verstand es dabei sehr geschickt, durch dauernde Streiks das wirtschaftliche Leben des Landes teilweise tagelang lahm zu legen und den anlaufenden Industrien schweren Schaden zuzufügen.

Seit 1949 hat sich aber auch auf diesem Gebiet vieles geändert. Der zunehmende Einfluß der christlichen Gewerkschaften und die fortschreitende Streikmüdigkeit der Arbeiter ließen die willkürlichen Arbeitsenthaltungen immer mehr zurückgehen. Auch beim Volk haben die Schlagworte der Kommunisten und ihre Einschüchterungsversuche wesentlich an Wirkung und Kraft eingebüßt. Sogar innerhalb der bisher aus einem Block bestehenden Partei scheint der Zusammenhalt nicht mehr so fest wie früher zu sein, und zeigt bedrohliche Risse. Während noch vor zwei Jahren Togliatti auf den unbedingten Gehorsam seiner Gefolgschaft rechnen konnte, bewiesen die jüngsten zahlreichen Fälle titoistischer Häresie, daß nunmehr auch in Italien der Stein ins Rollen gekommen ist und nicht mehr aufgehalten werden kann. Die häufigen Reisen Togliattis und seiner engsten Mitarbeiter Secchia und Longo nach Moskau deuten an, daß der Kreml die Entwicklung in Italien mit Beunruhigung verfolgt.

Ist der kommunistische Einfluß in Italien seit zwei Jahren auch zurückgegangen, so darf die unterirdische Wühlarbeit der Partei und ihre Schlagkraft im Ernstfall nicht unterschätzt werden. Die Waffenfunde in allen Teilen Italiens — bis Ende 1950 wurden insgesamt 85 Geschütze, 405 Minenwerfer, 1934 Maschinengewehre, 9652 Maschinenpistolen, 33 520 Gewehre, 130 444 Handgranaten sowie 2829 Doppelzentner Dynamit geborgen — beweisen allzu deutlich, daß die Kommunisten nicht nur mit Worten zu drohen verstehen.

Das Bollwerk der kommunistischen Partei sind die Emilia, Liguria, Toscana, Umbrien und die Marken, der sogenannte «rote Gürtel um den Appenin», wie ein ausländischer Berichterstatter dieses Gebiet sehr treffend bezeichnete. Erst in zweiter Linie folgen die oberitalienischen Industriegebiete, Städte der Lombardei und des Piemont. Hier zeigte es sich bei den letzten Wahlen von 1948, daß ein Teil der Arbeiterschaft zu den Rechtssozialisten Saragats und auch den Christlich-Demokraten übergegangen ist. Trotz eifrigster Propaganda konnten die Kommunisten keinen Stimmenzuwachs verzeichnen. Erfolgreicher waren ihre Bemühungen um die Landbevölkerung des Latiums, Apuliens und Kalabriens. Die Kommunisten nützten sehr geschickt die oft trostlosen Arbeits- und Lebensverhältnisse der Land-

und Saisonarbeiter aus. Aber der durchschlagende Erfolg, den sich die Volksfront erhofft hatte, blieb trotzdem auch hier aus. Verhältnismäßig gering ist der Einfluß der Volksfront in Sizilien, Sardinien, den Abruzzen, im Trient, Venezien und Friaul.

Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei besteht aus 21 Mitgliedern. Die hervorragendsten Köpfe sind neben Togliatti und den bereits erwähnten Di Vittorio, Secchia und Longo: Scoccimarro, D'Onofrio, Pajetta und Terracino. Alle haben eine bewegte Vergangenheit hinter sich und spinnen von ihrem Hauptquartier — dem großen, modernen, blutrot angestrichenen Palast in der Via delle Botteghe Oscure in Rom — unsichtbare Fäden nach allen Richtungen des Landes. Durch die Parteischulen gehen jährlich über 20 000 Genossen. In der «Federazione Giovanile Comunista» sammeln sich die aktivsten Elemente, die Stoßtrupps der Partei. Man schätzt sie auf ca. 500 000 Jugendliche. Die Säule der Partei bildet weiterhin der Gewerkschaftsbund, der die Masse der eingeschriebenen Mitglieder umfaßt. Schwierig ist die Frage zu beantworten, welche Mannschafstärke im Ernstfall die bewaffneten Formationen besitzen. Vorsichtige Schätzungen beziffern sie auf 80 000 Mann. Ein bewaffneter, zentral geleiteter Massenaufstand scheint jedoch nur mit Hilfe ausländischer — sprich sowjetrussischer — Truppen Erfolg zu versprechen. Der sehr energische Innenminister Scelba hat in der Zwischenzeit in aller Stille ein diszipliniertes, teilweise voll motorisiertes, vorzüglich ausgerüstetes Polizeikorps von 82 000 Mann aufgebaut, zu denen noch 65 000 Carabinieri, sowie die Einheiten des regulären Heeres kommen. Mit diesen Kräften kann auch der stärkste Aufstandsversuch im Keim erstickt werden. Das wissen die Kommunisten zu genau, um vorzeitig ihre letzte Karte auszuspielen. Die Verbindungen zu der Moskauer Zentrale sind eng und stetig. Laufende Waffenlieferungen, meist von albanischen Häfen aus, werden an der adriatischen Küste abgesetzt; sie sollen die Schlagkraft der kommunistischen Stoßtrupps erhöhen und die durch Polizeiaktionen aufgefundenen Waffen ersetzen.

*

Im Ausland wird häufig von einem starken Wiederaufleben des Faschismus in Italien gesprochen. Man könnte nach diesen Berichten glauben, daß die neofaschistische Gefahr größer als die kommunistische sei. Innenminister Scelba betonte vor dem Erlaß seines neuen Gesetzes zum Schutz der Demokratie, daß im Augenblick die «schwarze Gefahr» akuter sei als die «rote» und er nichts unversucht ließe, um den sich ständig versteifenden Druck «von rechts» zu beseitigen. Während jedoch viele ausländische Stimmen die tat-

sächliche Lage verkennen oder sie zumeist verzerrt wiedergeben, weiß Scelba ganz genau, daß die demokratischen Institutionen in Italien ernsthaft nur durch die Kommunisten bedroht sind. Seine Besorgnis entspringt sichtlich zum größten Teil wahlpolitischen Erwartungen, da die neofaschistischen Organisationen und Parteien wohl die einzigen sind, die den Christlich-Demokraten bei den nächsten Wahlen Anhänger abspenstig machen könnten. Ohne Zweifel nutzt sich die Partei De Gasperis durch die verantwortungsvollen und undankbaren Regierungsaufgaben ab. In vielen Gebieten, besonders aber auf sozialer Ebene, fehlt oft der nötige Schwung. Zahlreichen Italienern, besonders der Jugend, geht der Wiederaufbau zu langsam vor sich, und so suchen sie nach einer Partei, die eine größere Durchschlagskraft besitzt. Der «Movimento Sociale Italiano» — kurz MSI genannt — ist daher ein Sammelbecken Unzufriedener, Enttäuschter, Verbitterter und radikaler Antikommunisten, die mit der augenblicklichen Regierungsform nicht einverstanden sind. Eingeschriebene Mitglieder gibt es nur verhältnismäßig wenige; man schätzt sie auf ca. 400 000. Die weitaus größere Anzahl setzt sich aus Millionen Italienern zusammen, die allen Schichten des Landes angehören und den MSI offen oder heimlich unterstützen. Viele sehen in ihm das wirksamste Bollwerk gegen den Bolschewismus, und die einzige Partei, deren Anhänger im Ernstfall «auf die Straße gehen» würden.

Den MSI mit dem Faschismus auf einen Nenner bringen zu wollen, dürfte im allgemeinen den Tatsachen widersprechen. Das ursprüngliche Parteiprogramm bestand aus politischen Richtlinien, die mit denjenigen des Faschismus nur noch wenig oder gar nichts Gemeinsames hatten. Es ist ein Gemisch von sozial extrem links ausgerichteter Tendenz und einem starken Anstrich totalitären — aber nicht unbedingt faschistischen — Gedankengutes. «Wir wollen etwas Neues schaffen, und nicht auf überholten Methoden bestehen. Der Faschismus hat endgültig ausgespielt, und wir werden uns hüten, ihn wieder auszugraben»; diese Worte eines führenden Kopfes der Parteileitung spiegeln das Bemühen wider, nicht zu einem Abklatsch des Faschismus zu werden. Daß der MSI jedoch im Laufe der Zeit zu einem Mittelpunkt der «nostalgici» — ehemaliger und neuer Faschisten — geworden ist, liegt weniger an ihrem Programm und Ansichten, als vielmehr an einer Kette unfreiwilliger, durch Zeitumstände bedingter Tatsachen.

So dynamisch der MSI nach außen hin erscheint, so verworren, ohne klare Linie und Richtung ist die Leitung der Partei selbst. Am 26. Dezember 1946 gegründet, begab sich der MSI sehr bald in eine unerbittliche Opposition, ohne, wie die Nenni-Sozialisten und Kommunisten, an einer Regierungskoalition teilzunehmen. Anfangs wenig beachtet, liefen der Bewegung im Laufe der folgenden Jahre zahl-

reiche Anhänger, besonders aus der sich auflösenden Qualunquisten-Bewegung Gianninis, zu. Je mehr sich jedoch der MSI zu einer «Massen-Partei» zu entwickeln versuchte — die er auch heute im eigentlichen Sinne des Wortes noch nicht ist —, um so schärfer begannen sich die Kontraste innerhalb der Führung herauszukristallisieren. Zur Zeit beherrschen drei Strömungen den MSI. Hinter dem derzeitigen Parteisekretär De Marsanich stehen die Gemäßigten, die monarchisch eingestellt sind, und für eine lockere Zusammenarbeit mit anderen Rechtsparteien — einschließlich der Liberalen — eintreten. Die Richtung Mievilles besteht meistens aus ehemaligen Mitgliedern der Republik von Salò, ist daher rein republikanisch gesinnt und mit Sozialisierungsideen behaftet, die sogar die Forderungen der Kommunisten übertreffen. Diese meist jugendlichen Hitzköpfe gehen von der Voraussetzung aus, daß zuerst einmal alle diejenigen eliminiert werden müßten, die den Faschismus vor und nach dem 25. Juli 1943 «verraten» hatten. Unter diese Kategorie würden sowohl Togliatti als auch De Gasperi, Bottai und Sforza in bunter Mischung fallen. Die «dritte Kraft» sind schließlich die Anhänger Almirantes und der «grauen Eminenz» Michelini, die mit den Christlich-Demokraten und besonders mit der Katholischen Aktion liebäugeln.

Während für einen großen Teil, besonders für die ehemaligen Salò-Anhänger, die Monarchie ein rotes Tuch darstellt — ihrer Meinung nach habe der König Italien an den Feind verkauft —, gewinnt in letzter Zeit eine Strömung die Oberhand, die für einen Zusammenschluß mit dem «Partito Nazionale Monarchico» — PNM — eintritt. Eine derartige Verschmelzung würde für den MSI eine nicht unbeträchtliche Stärkung bedeuten. Die Propaganda des MSI arbeitet geschickt und appelliert besonders an die nationalen Gefühle des Italieners. Sie wird ausgezeichnet finanziert. Täglich erscheint in irgendeiner Stadt Italiens ein neues faschistenfreundliches Blättchen, das direkt oder indirekt mit dem MSI in Verbindung steht. Wer die finanziellen Schwierigkeiten einer Zeitung mit niedriger Auflage bei der augenblicklichen Papierknappheit kennt, wird verstehen, daß derartige passive Publikationen nur durch massive Geldspritzen auf den Beinen gehalten werden können.

Die Gefahr eines neu erstarkenden Faschismus dürfte in erster Linie bei den zahlreichen Hintermännern, Mitläufern und besonders den Geldspendern des MSI zu finden sein. Wer diese Geldspender sind, ist schwer zu beurteilen. Viele behaupten, daß der größte Teil der Unterstützungen aus Argentinien kommt, wo eine faschistische Internationale ihr Hauptquartier aufgeschlagen hat. Andere versichern, daß es die großen Landbesitzer des Südens seien. Auch unter den begüterten Industriellen des Nordens findet man zahlreiche Anhänger des MSI.

Ebenso verwirrt wie die innenpolitische Ausrichtung sind die außenpolitischen Postulate. Während sich alle in ihrem Haß gegen die Sowjetunion einig sind, befürworten viele eine bewaffnete Neutralität, die anderen eine eindeutige Anlehnung an den Westen, und der Rest schwankt zwischen beiden Extremen hin und her.

Wahrscheinlich beging die Regierung einen Fehler, als sie im letzten Herbst den nationalen Parteikongreß des MSI ganz überraschend verbot. Der MSI ist einwandfrei rechtlich konstituiert und bisher niemals als illegal erklärt worden. Anstatt die Anhänger des MSI sich in Bari «zerreden» zu lassen, stärkte man sie ungewollt. Auch die neue «lex Scelba» gegen den Neofaschismus scheint nicht die erhofften Resultate zu bringen. Durch dieses neue Gesetz hat die Regierung alle Mittel in ihrer Hand, um gegen jegliche Ausschreitungen extremer Parteien, welcher Art sie auch sein mögen, vorgehen zu können. Die Kommunisten, die natürlich sogleich Gefahr für sich selbst witterten, waren daher neben den Neofaschisten die einzige Partei, die im Parlament gegen die Annahme des Gesetzes stimmten.

Die nächsten im Frühsommer dieses Jahres stattfindenden Gemeindewahlen werden im politischen Leben des Landes eine gewichtige Klärung bringen. Es erscheint heute schon zweifelhaft, ob die Christlich-Demokratische Partei eine ähnliche überwältigende Mehrheit wie vor drei Jahren erringen wird. Viele stimmten damals für die Partei De Gasperis, weil sie in ihr den einzigen wirklichen reellen Machtfaktor gegen den Bolschewismus sahen. Dieses Mal werden sich zahlreiche Wähler erneut den kleineren Parteien, unter ihnen sicherlich auch besonders dem MSI, zuwenden.